



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

# Budget-Analyse 2026 – Wien auf dem Weg in strukturelle Abhängigkeit

Reinhard Fellner



**Dieses Budget wird als Konsolidierung verkauft. In Wahrheit ist es eine Fortschreibung des alten Musters:**

**Mehr Ausgaben. Mehr Transfers. Mehr Verwaltung.**

**Die Zeitreihen 2023–2026 zeigen:**

**Verwaltung steigt von 3.030,59 auf 3.094,00 Mio. €, Soziales von 3.040,63 auf 3.077,94 Mio. €, Gesundheit von 5.076,14 auf 5.215,97 Mio. €.**

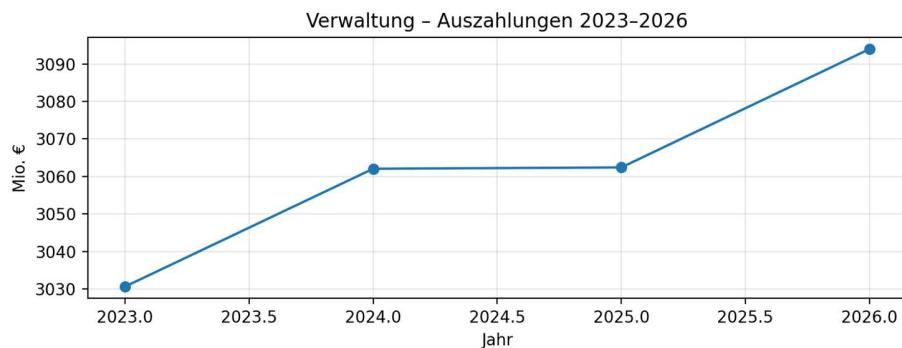


## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

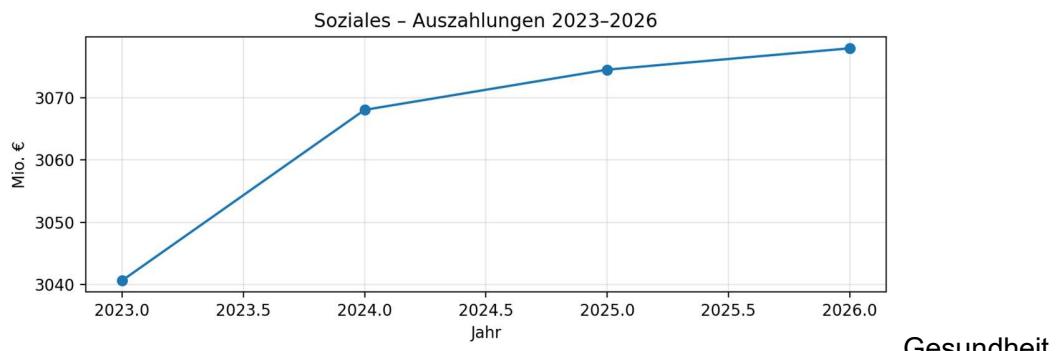
### 1. Wien wächst – aber nur der Staat

Die großen Budgettreiber sind Sozialtransfers, Gesundheitsausgaben und der laufende Verwaltungsbetrieb.

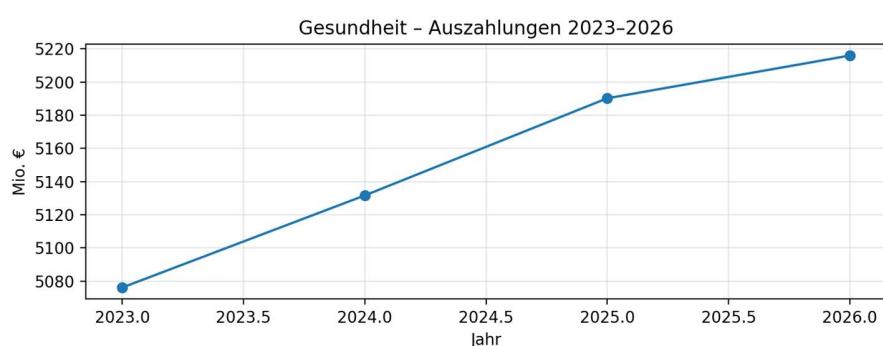
Verwaltungsaufwand 2023-2026: 3.030,59 → 3.094,00 Mio. € (YoY: 1,04%, 0,01%, 1,03%)



Soziales 2023-2026: 3.040,63 → 3.077,94 Mio. € (YoY: 0,90%, 0,21%, 0,11%).



2023-2026: 5.076,14 → 5.215,97 Mio. € (YoY: 1,09%, 1,14%, 0,50%).





## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

### Strukturelle Dynamik

Was fehlt, ist ein klares Signal an jene, die Wertschöpfung schaffen:

- Unternehmen
- Investoren
- Leistungsträger
- Exportwirtschaft

Ein Budget, das primär konsumiert statt investiert, ist kein Zukunftsbudget – es ist ein Stabilitätsbudget auf Pump.

Wenn der öffentliche Sektor wächst, während private Investitionen stagnieren, entsteht kein Wohlstand.

Es entsteht Abhängigkeit.

### 2. Resilienz? Nur als Schlagwort

Es wird von Einsparungen in Verwaltung und Förderwesen gesprochen. Doch wo sind die konkreten Zahlen?

- Wie viele Stellen werden nicht nachbesetzt?
- Welche Förderprogramme laufen aus?
- Welche Doppelstrukturen werden beendet?
- Wie hoch ist die Zielquote für Verwaltungsabbau?

Ohne klare Zielwerte bleibt „Verwaltungsreform“ ein Schlagwort.

Wien leistet sich eine Verwaltung, die immer größer wird – und wundert sich über die steigenden Kosten.

### 3. Verwaltung: Reform angekündigt – aber nicht geliefert

Es wird von Einsparungen in Verwaltung und Förderwesen gesprochen. Doch wo sind die konkreten Zahlen?

- Wie viele Stellen werden nicht nachbesetzt?
- Welche Förderprogramme laufen aus?
- Welche Doppelstrukturen werden beendet?
- Wie hoch ist die Zielquote für Verwaltungsabbau?

Ohne klare Zielwerte bleibt „Verwaltungsreform“ ein Schlagwort.



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Wien leistet sich eine Verwaltung, die immer größer wird – und wundert sich über die steigenden Kosten.

### 4. Sozial- und Transferdynamik: Keine Systemkorrektur

Die Sozialausgaben steigen massiv. Transfers wachsen weiter.

Doch wo ist die Systemprüfung?

- Werden Anreize richtig gesetzt?
- Wird Integration an Leistung gekoppelt?
- Wird Fairness gegenüber Erwerbstätigen gewahrt?

Die Diskussion über subsidiär Schutzberechtigte ist keine Frage der Humanität – sondern der Systemlogik.

Dauerhafte Mindestsicherung ohne klare Integrations- und Mitwirkungspflichten sendet das falsche Signal.

Wer arbeiten geht, darf nicht schlechter gestellt sein als jemand im Transfersystem.

GVS statt Mindestsicherung wäre ein Schritt zu mehr Fairness – wenn er rechtlich sauber und konsequent umgesetzt wird.

### 5. Gebührenpolitik: Inflationsmotor auf kommunaler Ebene

Wien trägt Verantwortung für Preisentwicklung.

Gebühren, Tarife und kommunale Abgaben wirken direkt auf:

- Lebenshaltungskosten
- Betriebskosten
- Wettbewerbsfähigkeit

Wenn Gebühren weiter steigen oder indexiert werden, wird Inflation zementiert.

Die Alternative lautet:

Kosten senken – nicht Preise erhöhen.



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

### 6. Gesundheit: Mehr Geld ist keine Reform

Die Gesundheitsausgaben steigen stark. Das ist verständlich – aber nicht automatisch richtig.

Wo sind:

- Effizienzkennzahlen?
- Transparenz pro Einrichtung?
- Ambulanzzisierungsstrategie?
- Strukturreformen im Spitalswesen?

Ohne Effizienzagenda wird der Gesundheitsbereich zum permanenten Budgettreiber.

Das ist kein Zeichen sozialer Stärke – sondern struktureller Reformverweigerung.

### 7. Wirtschaft: Die vergessene Grundlage

Ohne private Investitionen gibt es kein nachhaltiges BIP-Wachstum.

Wien braucht:

- schnellere Genehmigungen
- weniger Bürokratie
- stabile Gebühren
- klare Standortstrategie
- echte Entlastung für produktive Betriebe

Stattdessen wächst der Staatsanteil weiter.

Ein Staat kann nicht dauerhaft verteilen, was er nicht zuvor erwirtschaftet.

### 8. Das eigentliche Problem: Staatswachstum ersetzt Strukturreform

Dieses Budget zeigt ein Muster:

Wachstum im öffentlichen Bereich soll Stabilität sichern.

Doch langfristig untergräbt genau dieses Wachstum die Handlungsfähigkeit.

Je höher die Fixkostenquote, desto geringer der Spielraum in der Krise.

Je größer der Verwaltungsapparat, desto trüger das System.



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Je stärker Transfers steigen, desto schwächer werden Leistungsanreize.

### 9. Was Wien stattdessen bräuchte

1. Verbindliche Verwaltungsabbauquote
2. Effizienzpflicht im Gesundheitswesen
3. Gebührenmoratorium bei Grundbedarfsleistungen
4. Umstellung auf GVS statt dauerhafter Mindestsicherung
5. Investitionsoffensive für private Wertschöpfung
6. Resilienz-KPIs im Budget verankern
7. Priorisierung kritischer Infrastruktur über Ausweitung des laufenden

### Schlussfolgerung

Dieses Budget ist kein mutiger Reformhaushalt.

Es ist ein Fortsetzungsbudget.

Es reduziert Zahlen – aber nicht Strukturen.

Es verspricht Resilienz – schafft aber Abhängigkeit.

Es spricht von Zukunft – vergrößert aber den Staatsapparat.

Wien braucht keinen größeren Staat.

Wien braucht einen besseren Staat.

Resilienz entsteht nicht durch mehr Ausgaben.

Resilienz entsteht durch Struktur, Effizienz und wirtschaftliche Stärke.